

+++Pressarchiv +++

Fuldainfo vom 13.02.2007

Ärger um Mobilfunkanlagen in Lauterbach

Ende Dezember wurde in Lauterbach ein Mobilfunkmast aufgebaut und darüber gab es viele Diskussionen. Jetzt sind neue Sendeanlagen geplant und wiederum wurde die Öffentlichkeit nicht einbezogen, so Klaus Euler von der Bürgerwelle.

Nach Auskünften der Stadtverwaltung Lauterbach sind drei neue Standorte für Mobilfunksendeanlagen geplant. Sie befinden sich allesamt in sensiblen Bereichen in Lauterbach, die besonders im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen. Eine Sendeanlage ist in der Nähe des Gymnasiums in der Gartenstraße geplant, eine zusätzliche Sendeanlage soll auf die Brauerei in der Innenstadt. Die letzte Sendeanlage soll der bestehenden Mobilfunkanlage in die Nähe des "Hauses am Kirchberg", wo sich ein Heim für junge Mütter und Kinder befindet, hinzugefügt werden. Eine Information über die geplanten Standorte in der Öffentlichkeit hat bisher nicht stattgefunden, so Klaus Euler von der Bürgerwelle.

Die Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber wird daher nach Ansicht der Bürgerwelle in Lauterbach auch weiterhin permanent verletzt. Wie Euler mitteilte, fordere man daher, für den Standort Blitzenrod einen sofortigen Baustopp zu verfügen und die Genehmigungsverfahren für die geplanten Anlagen sofort zu stoppen. Darüber hinaus ist zu empfehlen, dass der Magistrat in eine kritische Diskussion mit den Mobilfunkbetreibern einsteigt. Aus Sicht der Bürgerwelle Lauterbach ist es unverzichtbar in diesem Diskussionsprozess mit Mobilfunkkonzernen auf eine externe fachliche Unterstützung zurückgreifen. Die Bürgerwelle ist ebenfalls bereit die Stadt zu unterstützen. Gerne helfen wir mit, den Magistrat der Stadt Lauterbach fachlich zu unterstützen. Dies haben wir dem Bürgermeister der Stadt Lauterbach auch schriftlich mitgeteilt, so Klaus Euler.

Vollmüller will mit E-Plus über die Versetzung des Mastes verhandeln

Nachdem es genug Proteste gab, will Bürgermeister Vollmüller mit E-Plus über eine Versetzung des Mastes verhandeln. Die SPD-Fraktion begrüßt die Entscheidung. Auch wenn die rechtliche Stellung der Kommunen in Bezug auf Mobilfunk sehr schwach sei, gelte es alle Möglichkeiten auszuschöpfen und sich hierbei auch der Hilfestellung durch Fachleute und Rechtsanwälte zu bedienen. Wir finden das Angebot der Bürgerwelle, die Verhandlungen mit dem Mobilfunkbetreiber durch einen Rechtsanwalt zu unterstützen, sehr großzügig, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Claudia Blum.

"Der Bürgermeister sollte wie bei der Windkraftproblematik die Hilfe eines spezialisierten Rechtsanwalts in Anspruch nehmen. Wir werden ihn am Erfolg seiner Verhandlungen messen." Unstrittig sei, dass von Mobilfunkstrahlung eine Gesundheitsgefährdung ausgehe. Wie hoch diese Gefährdung einzuschätzen sei, sei derzeit wissenschaftlich nicht eindeutig geklärt. Sicher sei jedoch, dass die Anwohner durch das Aufstellen des Mastes in ihrer unmittelbaren Umgebung in ihrer Lebensqualität erheblich beeinträchtigt seien und Wertverluste ihrer Grundstücke zu

befürchten hätten. "Die Gesundheitsvorsorge für unsere Bürgerinnen und Bürger erfordert eine Versetzung des Mastes.

Rückbau des Mastes günstiger als Schadensersatzansprüche der Anwohner

Die finanziellen Belastungen durch Schadensersatzforderungen der Anwohner dürfte weitaus höher sein als die Kosten für die Versetzung des Mastes", so der Fraktionsvorsitzende Dr. Eckhard Köhler-Hälbig. Für den Rückbau des Mastes werde eine Bürgschaft über 8.000 Euro verlangt. Die Versetzung des Mastes dürfte daher Kosten zwischen 8.000 Euro und etwa 30.000 Euro verursachen. Dem stünden Schadensersatzansprüche in Höhe von 50.000 bis 80.000 Euro pro Anwohner gegenüber. "Mit unseren Anträgen zur Neuaufnahme von Verhandlungen mit E-Plus und der Entwicklung eines Mobilfunkversorgungskonzeptes nehmen wir die Ängste der Bevölkerung ernst und wollen in Zukunft vorsorgend handeln", so Eckhard Köhler-Hälbig.

Die SPD-Fraktion stellt klar, dass der Kernpunkt ihrer Anträge die Stärkung der Einflussmöglichkeiten der Stadt sei. Unstrittig sei, dass die Gesetzgebung und Rechtsprechung im Bereich Mobilfunk nicht gerade kommunalfreundlich sei. Deshalb müssten alle Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, um den Mobilfunkbetreibern stark und selbstbewusst entgegenzutreten zu können. Mit der Entwicklung eines Mobilfunkversorgungskonzeptes werden Standorte für Mobilfunkanlagen mit möglichst geringer Strahlenbelastung für umliegende Siedlungsgebiete ermittelt. " Die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger muss uns das wert sein", so Claudia Blum. "Bei der Suche nach geeigneten Standorten ist uns eine breite Bürgerinformation und Transparenz wichtig." Da die letzte Ausschusssitzung hinsichtlich der rechtlichen Beurteilung und der Handlungsmöglichkeiten etliche Fragen aufgeworfen habe, bittet die SPD-Fraktion, zur nächsten Bauausschusssitzung Fachleute einzuladen. Hierbei sind die Anregungen der Bürgerwelle aufzunehmen.

+++++

+++ Bürgerwelle Lauterbach +++ Sonnenweg 43, 36341 Lauterbach +++
Ansprechpartner: Klaus Euler +++ Telefon (06641) 5816, Fax (06641) 918 884 +++
Internet: www.buergerwelle-lauterbach.de +++ eMail: info@buergerwelle-lauterbach.de

Wer ist die Bürgerwelle? Die Bürgerwelle ist ein Zusammenschluss von Bürgern in Lauterbach, die dafür eintreten, dass keine Mobilfunkanlagen in Wohngebieten und sensiblen Bereichen wie Kindergärten, Altenheimen und Schulen errichtet werden. Die Bürgerwelle fordert, dass die Stadt Lauterbach eine intelligente und gesundheitlich unbedenkliche Standortpolitik für Mobilfunkanlagen betreibt.

+++++